



## **Tätigkeitsbericht 2014/2016**

**23. Februar 2016**

### **1. Aufgaben**

Das Land Hessen hat das Mitbestimmungsrecht der Eltern bei der „Gestaltung des Unterrichtswesens“ in Artikel 56 der Landesverfassung festgeschrieben. Der StadtElternBeirat hat dabei die Aufgabe, die Schulelternbeiräte bei ihrer Arbeit zu unterstützen und zu beraten. Er nimmt zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Stellung und entsendet auch Elternvertreter in die Schul- und Bildungskommission des Magistrats der Stadt Kassel (diese haben z. B. ein Anhörungsrecht bei der Besetzung von Schulleiterstellen). Des Weiteren sind StEB Vertreter bei den Lenkungsausschüssen für den Übergang 4/5 zu den weiterführenden Schulen geladen.

Rechtsgrundlage für die Arbeit des StEB ist das Hessische Schulgesetz. Grundsätzlich entscheidet der StEB selbst über seine inhaltliche Arbeit, äußert sich zu bildungspolitischen Themen, organisiert Veranstaltungen oder lädt zu Treffen der Kasseler Schulelternvertreter ein.

### **2. Mitglieder**

Sechzehn Mitglieder wurden nach Schulformen getrennt am 21. Januar 2014 für zwei Jahre gewählt und nahmen in ihrer konstituierenden Sitzung am 25. Februar 2014 ihre Arbeit auf mit der Wahl des Vorstandes und der Vertreter für die Ausschüsse.

Die StEB Mitgliederzahl richtet sich nach den Schülerzahlen. So können aus den beruflichen Schulen 6 Mitglieder (nur 4 gewählt), den Grundschulen 3, den Gymnasien und den kooperativen Gesamtschulen je 2 und allen anderen Schulformen je 1 Mitglied gewählt werden. Für die Hauptschulen fand sich kein Vertreter. Die vom Ausländerbeirat entsandten beratenden Mitglieder des StEB konnten nur an wenigen Sitzungen teilnehmen.

Da die Rechtsgrundlagen für die Besetzung eines StEB sehr eng gefasst sind (z. B. sofortiges Ausscheiden bei Schulwechsel oder Volljährigkeit des Kindes) gibt es eine relativ große Fluktuation. Auch können fernbleibende Mitglieder nicht ausgeschlossen und durch Nachrücker ersetzt werden. Daher gibt es heute nur noch 13 Mitglieder im StEB Kassel. Der StEB Kassel ist ein offenes Gremium, das auch engagierten Schuleltern die keine Mitglieder sind, für eine Mitarbeit offen steht.

### **3. Sitzungen**

In dieser Amtszeit haben 11 Sitzungen (jeweils in einer Kasseler Schule) stattgefunden. Die Sitzungen waren öffentlich. Neben Schulleitung und Elternbeirat der gastgebenden Schule nehmen auch interessierte Eltern bzw. Elternvertreter aus Kasseler Schulen teil. Die Amtsleitungen des Schulverwaltungsamtes der Stadt Kassel (zuständig für Schulentwicklungsplanung, Gebäude etc.) sowie

des Staatlichen Schulamtes für Stadt und Landkreis Kassel (Land Hessen; zuständig für Unterricht, Lehrkräfte etc.) sind in der Regel bei den Sitzungen anwesend. Sie informieren über aktuelle Entwicklungen und stehen für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Grundsätzlich sind alle wichtigen bildungspolitischen Themen Gegenstand der Beratungen des StEB (s. 6.).

#### **4. Zusammenarbeit mit Elternbeiräten, Kreiselternbeirat, Landeselternbeirat, etc.**

An den öffentlichen StEB Sitzungen nehmen Elternvertreter aus den Schulen teil und bringen dort auch Ihre Anliegen ein. Elternbeiräte oder auch einzelne Eltern wenden sich wegen konkreter Fragen oder Problemen auch direkt an den StEB. Gelegentlich wird der StEB in Elternbeiratssitzungen eingeladen. Eine Vollversammlung aller Schulelternbeiräte, um sich auszutauschen und aktuelle Fragen zu diskutieren, hat der StEB am 17.02.2016 im Goethegymnasium organisiert, es waren ca. 50 Elternvertreter/innen anwesend.

Die Zusammenarbeit mit dem Kreiselternbeirat des Landkreises Kassel (KrEB) hat sich gut entwickelt, im Herbst 2014 und 2015 wurde die Veranstaltungsreihe für Grundschuleltern gemeinsam durchgeführt. Diese Kooperation ist sinnvoll, da es thematische Überschneidungen gibt, z. B. bei der Schulentwicklung und dem Staatl. Schulamt, das für beide Bereiche zuständig ist.

Grundsätzlich ist es wichtig, die Elterngruppenarbeit einschließlich der Elternvertretungen der Kinderbetreuungseinrichtungen zu vernetzen. So können gemeinsame Themen gebündelt und elterliche Interessenvertretungen gestärkt werden. Leider ist es hier trotz einer mehrmonatigen Kontaktpphase lediglich zu einer Rückmeldung gekommen. Eine gemeinsame Tagung konnte daher nicht realisiert werden.

Der Landeselternbeirat (LEB) wirkt auf Landesebene an wichtigen schulpolitische Entscheidungen mit. Der StEB hat am 21. Januar 2015 in Kassel die Delegiertenwahl für die Wahl zum LEB organisiert. Der LEB, der über eine professionell geführte Geschäftsstelle verfügt, versorgte bis zum September 2015 die StEB und KrEB in Hessen regelmäßig mit Informationen und lud zu gemeinsamen Treffen ein. Da diese bisher wochentags um 18:00 Uhr in Frankfurt stattfanden, können StEB Mitglieder aus Kassel nur selten bzw. nicht daran teilnehmen. Mehrere Anfragen an die Geschäftsstelle des LEB mit dem Vorschlag eines turnusmäßigen Wechsels der Sitzungen in verschiedenen Landesteilen Hessens wurden bisher nicht beantwortet.

Seit September 2015 gibt es keine Informationen mehr vom LEB an den Stadelternbeirat. Die Protokolle der LEB-Sitzungen, bisher öffentlich, regelmäßig verschickt und eine Quelle von Informationen, sind nicht mehr öffentlich. Der neue Vorstand kommt offensichtlich seiner Informationspflicht nicht mehr nach und hat die Verbindung zur Basis gekappt.

#### **5. Öffentlichkeitsarbeit**

Mit seinen öffentlichen Sitzungen bemüht sich der StEB Kassel um Transparenz und einen direkten Informationsaustausch innerhalb der Kasseler Schulelternschaft. Eine direkte Kommunikation mit den Schulelternbeiräten ist nur eingeschränkt möglich, da E-Mail Adressen für die Schulelternbeiräte nur an einigen wenigen Schulen existieren. Die Weiterleitung über die E-Mail Adressen der Schulen funktioniert nur unzureichend.

Der StEB gibt Pressemitteilungen heraus und wird um Stellungnahmen zu aktuellen schulpolitischen Themen angefragt. An den Veranstaltungen des StEB (s. 6.) haben in den letzten zwei Jahren insgesamt mehr als 1.000 Personen teilgenommen.

Grundsätzlich ist es uns wichtig, auf Fragen und Interessen der Eltern einzugehen und einen um-

fassenden Informations- und Meinungsaustausch zu erreichen.

Zur Lehrerstellenpolitik des Hessischen Kultusministeriums hat der StEB das Unverständnis der Eltern durch eine Presseerklärung veröffentlicht. Die Kürzung der Lehrerzuweisungen in Grundschulen und Gymnasien wird dafür sorgen, dass mit der demographischen Rendite höchstens noch die Lächer notdürftig gestopft werden können, die jetzt durch die geplanten Kürzungen entstehen. Von einer Verbesserung der Lage an den Schulen kann keine Rede mehr sein. Verschärft hat sich die Situation durch die aktuell hohe Zahl an schulpflichtigen Flüchtlingskindern.

Es wurde in 2015 ein Gesamtschularbeitskreis gegründet. Im Arbeitskreis wurden Schulleitungen und Elternbeiräte der verschiedenen Gesamtschulen zusammengebracht, um sich auszutauschen und herauszufinden woran es liegt, dass Gesamtschulen oft so einen schlechten Ruf haben. Es wurde daran gearbeitet, die gute Bildungsarbeit der Gesamtschulen mehr ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu bringen.

Die Überhänge an Gymnasien haben auch etwas damit zu tun, dass viele Eltern die hohen Abbruchquoten (lt. Schulamt ca. 60 % von der 5. – 13. Klasse) an Gymnasien nicht kennen.

## **6. Themen und Veranstaltungen des StEB 2012/2014**

Am Beginn unserer Amtszeit stand das den Schulfrieden stark beeinträchtigende Thema G8/G9. Der StEB befürwortet den Elternwunsch, von G8 auf G9 zu wechseln. Die Wahl G8 zu G9 war aber keine demokratische Wahl, da Einstimmigkeit gefordert war. Zusätzlich waren die erforderlichen Ressourcen nicht vorhanden und die Zeitvorgaben viel zu knapp. Der Schulfrieden wurde nicht geschaffen, sondern gestört. Dazu gab es eine Pressemitteilung StEB.

Das Thema „Inklusion“ hat eine dominierende Rolle in der letzten Periode gespielt. In Arbeitsgruppen zur Planung der Modellregion „Inklusive Bildung“ waren mehrere StEB-Mitgliedern vertreten. Neben einer gleichberechtigten Elternmitarbeit war eine der zentralen Forderungen die Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle für Eltern.

Im Oktober 2015 um fand eine gemeinsame Veranstaltung vom Kasseler Bündnis. Eine Schule für Alle!, dem Stadteltererbeirat, dem Kreiseltererbeirat, dem Evangelischen Forum und weiteren zum Thema Inklusion statt. Dort gab es Informationen der „Unabhängigen Inklusionsberatungsstelle Frankfurt“, der GEW und der Frühförderstelle.

Inzwischen ist die Arbeit des Kasseler Bündnis anerkannt. Der entsprechende Verein ist gegründet und nimmt seine Arbeit auf mit dem Ziel der Einrichtung einer „Unabhängigen Beratungsstelle Inklusion“, von der Stadt gab es einen ersten finanziellen Zuschuss. Der StEB gehört mit zu den Gründungsmitgliedern und ist im Vorstand vertreten.

Bildungspolitische Veranstaltungen wurden wieder in Zusammenarbeit mit dem Ev. Forum Kassel durchgeführt: Mitte 2015 die Veranstaltungsreihe „Hinterm Horizont geht's weiter. Übergänge im Bildungsbereich“ sowie jeweils zum Schuljahresanfang die Infoabende „Grundschule zu Ende – wie geht's nun weiter“ für Eltern, deren Kinder vor dem Wechsel auf die weiterführende Schule stehen (mit jeweils 375 bis 400 Teilnehmer). Das Seminar für Elternbeiräte im November 2014 wurde gut angenommen.

Am 27.11.2015 fand der 8. Hessische Demokratietag im Kasseler Goethe-Gymnasium statt. Rund 350 Kinder, Jugendliche und Erwachsene haben teilgenommen, zusätzlich waren gut 70 Personen bei der Organisation dabei. Der Stadteltererbeirat hat sich nicht nur an den Vorbereitungen beteiligt sondern auch zusammen mit Kreiseltererbeirat und Kasseler Bündnis Inklusion einen ganztägigen

Workshop zum Thema „Inklusion -Erfahrungen von Schülern und Eltern“ erfolgreich gestaltet.

Die bauliche Situation und Ausstattung an den Kasseler Schulen, die Versorgung mit Lehrkräften oder die Schulentwicklung in der Stadt sind thematische „Dauerbrenner“ für jeden StEB.

Im Folgenden eine kleine Auswahl weiterer Themen, mit denen sich der StEB in dieser Amtszeit befasst hat:

Bauliche Mängel in Schulen, Verkehrssituation an den Schulen, Teilnahme an den Sitzungen der Schul- und Bildungskommission, Teilnahme an der jährlichen Lenkungscommission für die weiterbildenden Schulen, Pressemitteilungen zur Inklusion, Stellenzuweisungen, Gesamtschulen, Stellungnahme zu den Schulpraktika von Lehramtsstudenten an Kasseler Schulen.

Darüber hinaus konnten in persönlichen Kontakten konkrete Fragen und Anliegen mit Elternvertretungen einzelner Schulen und Eltern besprochen werden. Dabei ging es z. B. um rechtliche Fragen der Elternmitbestimmung, Konflikte mit der Schulleitung oder Probleme wegen Lehrerwechsels, Nichtbeachtung von Kinder- und Elternrechten.

## **7. Perspektiven**

Die Einführung der Modellregion „Inklusive Bildung“ wird die Schullandschaft in der Stadt tiefgreifend verändern. Förderschulen werden aufgelöst, Grundschulen geschlossen, aber vor allem muss die pädagogische Ausgestaltung von Schule und Unterricht sich wegen der Anforderung der inklusiven Bildung weiter entwickeln. Die Eltern als Sachwalter der Interessen ihrer Kinder müssen dabei aktiv mitwirken und ihre Gremien, die Stadt-, Kreis und Schulelternbeiräte brauchen dafür größere Handlungsmöglichkeiten aber auch eine erheblich stärkere materielle und personelle Unterstützung ihrer Arbeit.

Der Stadtelternbeirat verfügt über keinen eigenen Etat, für Sachmittel stehen ca. 1000 € zur Verfügung. Damit lässt sich der gesetzliche Auftrag einer Stadtelternbeirats einer Großstadt nicht erfüllen. Vergleichbare StEB in Hessen verfügen über 4-stellige Jahresetats, die sie selber verwalten. Die finanziellen und gesetzlichen Grundlagen müssten so gestaltet werden, dass damit Elternengagement gefördert und nicht behindert wird. Hierfür ist noch Einiges zu tun, auch für den neuen Stadtelternbeirat. Aber auch die Politik in Kassel und in Hessen muss mehr Verantwortung für die Elternarbeit übernehmen.

Neben der unzureichenden Unterstützung durch die Ämter ist eines der gravierenden Probleme die schwierige Kommunikation mit den Schulelternbeiräten. Probleme können vom StEB nur bearbeitet werden, wenn die Nachrichten dazu ihn auch erreichen.

Wir wollen und brauchen einen direkten Kontakt mit den Schulelternbeiräten und fordern aus diesem Grund e-mail Adressen an den Schulen für die Vorstände der Schulelternbeiräte, damit die Kommunikation ohne Umwege stattfinden kann.